

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Reinhold Hilbers (CDU)

**Drohen den Bürgern neue Belastungen?**

Anfrage des Abgeordneten Reinhold Hilbers (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 23.02.2023

Durch die wirtschaftliche Entwicklung und die Herausforderungen, vor denen wir stehen, werden die Spielräume in den Haushalten des Bundes, der Länder und der kommunalen Gebietskörperschaften nach Einschätzung von Experten eher geringer. Seit einiger Zeit liegt die Nachfrage in unserer Volkswirtschaft deutlich über dem Angebot, sodass Beobachtern zufolge kein Nachfrage-, sondern ein Angebotsproblem in der deutschen Volkswirtschaft und darüber hinaus besteht. Eine Antwort darauf wäre Wirtschaftsexperten folgend eine gezielte Angebotspolitik, die dafür sorgt, dass sich das Güter- und Dienstleistungsangebot erhöht. Ein derart erhöhtes Angebot könnte durch politische Maßnahmen befördert und unterstützt werden. Wirtschaftsverbände bemängeln, dass statt solcher Entlastungen und eines Abbaus von Regulierungen der Koalitionsvertrag von Rot-Grün in Niedersachsen als Antwort auf die Herausforderungen in der Finanz- und Haushaltspolitik formuliert, dass trotz Rekordsteuereinnahmen die Einnahmen erhöht werden sollen. Wörtlich heißt es im Koalitionsvertrag: „Finanzielle Spielräume wollen wir u. a. durch (...) und Einnahmeverbesserungen erarbeiten“.

1. Beabsichtigt die Landesregierung in Zeiten hoher Inflation, die Bürger und Unternehmen mit Abgabenerhöhungen zu belasten, oder kann sie dies ausschließen?
2. An welche Einnahmeverbesserungen des Landes ist hier gegebenenfalls gedacht?
3. Sind neue Steuern oder Abgaben geplant, und wird die Landesregierung sich für Abgaben wie den Energie-Soli oder Vermögensabgaben auf der Bundesebene einsetzen?